

DEMOKRATIE -

WIR SIND AM ZUG



Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind heute 20 Lehrlinge aus der Firma ÖBB und besuchen das Lehrlingsforum der Demokratiewerkstatt. Wir haben uns in vier Gruppen aufgeteilt und jede Gruppe hatte ein bestimmtes Thema zu erarbeiten und zu präsentieren. Die Themen waren: Medien, Arbeitswelt, Rechte und Demokratie. Wir fanden diesen Workshop sehr ausführlich und ebenso interessant, und wir haben alle antworten auf unsere Fragen bekommen.

Ershad und Valentina



„Unserer Meinung nach ist eine Demokratie wichtig für ein funktionierendes Rechts- und Wirtschaftssystem.“

Demokratie im Überblick

In diesem Artikel erfahren Sie so manch nützliche und interessante Fakten über Demokratie und der Machtaufteilung in ihr.



Gewaltentrennung ist wichtig für eine Demokratie.

Wir haben in Österreich eine repräsentative (indirekte) Demokratie. In einer indirekten Demokratie werden vom Volk VertreterInnen (diese sind meist Mitglieder von Parteien) gewählt. Diese VertreterInnen ziehen dann z.B. in das Parlament ein und versuchen so gut wie möglich die Meinung ihrer WählerInnen und ihre Versprechungen vom Wahlkampf umzusetzen. Dies gelingt aber nicht immer so gut, da man z. B. die Mehrheit braucht, um ein Gesetz zu beschließen. Deshalb geht in der Regel eine Partei, die die Wahl zwar gewonnen hat, aber keine Mehrheit im Parlament hat, mindestens mit einer zweiten zusammen, um so ihre Vorhaben leichter umzusetzen. Dabei müssen sie Kompromisse eingehen.

Wenn es zu Korruptionsvorfällen kommt, können die BürgerInnen demonstrieren gehen oder auf andere Art öffentlichen Druck ausüben. Zum Beispiel durch Berichterstattung in den Medien (Zeitung, soziale Medien etc.).

Unserer Meinung nach ist eine Demokratie sehr wichtig für ein funktionierendes Rechts- und Wirtschaftssystem.

Ähsan, Marcel, Ramazan, Valentina, Veronika und Ershad

Gewaltentrennung

Die Macht in einer Demokratie ist auf drei Gewalten verteilt: nämlich in die Legislative, in die Exekutive und in die Judikative. Die Legislative ist die gesetzgebende Gewalt. Das heißt, dass sie die Gesetze beschließt (Parlament). Die Exekutive ist die vollstreckende Gewalt, das heißt, dass sie die Gesetze, die die Legislative beschließt, durchführt. Sie bringt auch die Menschen, die sich nicht daran halten, zur Judikative. An der Spitze der Exekutive steht die Regierung und sie wird unterstützt durch die Verwaltung (z. B. alle BeamtInnen, LehrerInnen, Polizei und Militär). Zu guter Letzt kommt die Judikative. Sie bestimmt auf Basis der Gesetze, ob die Menschen wirklich gegen das Gesetz verstoßen haben (Gerichte). Diese Mächte kontrollieren sich gegenseitig.

„Gesetze sollen für alle gleich sein, egal ob Mann oder Frau.“

Gleiche Rechte für Alle!

In dem Artikel geht es um Grundrechte und Frauenrechte.



Grundrechte sind wesentliche Rechte, über die Menschen in einem Staat verfügen. Es gibt diese ganz wichtige Rechte, die für alle Menschen auf der Welt gelten sollten! Diese findet man in den unterschiedlichen Menschenrechtskonventionen festgeschrieben. Beispiele dafür sind das Recht auf Bildung, Wohnung, Arbeit und die Meinungsfreiheit. Ohne diese Grundrechte hat man weniger Chancen und Möglichkeiten. Menschenrechte sind für das Zusammenleben sehr wichtig, damit man sich untereinander besser versteht und niemand ausgeschlossen wird.

In unserer Gruppe finden wir besonders wichtig, dass Frauen und Männer gleich behandelt werden. In Österreich sind Frauen und Männer vor dem Gesetz gleichberechtigt. In der Realität ist das nicht immer so. In manchen Fällen verdienen Frauen zum Beispiel bei gleicher Qualifikation für dieselbe Arbeit weniger als Männer. Das Arbeitsklima in einem Unternehmen ist wahrscheinlich davon negativ betroffen und die Arbeitsmoral könnte dadurch sinken. Deswegen ist es sehr wichtig für die Frauen, ihre Rechte zu kennen. Im „Bundesgesetz über die Gleichbehandlung“ steht im ersten Teil, dass Frauen und Männer in der Arbeitswelt gleich behandelt werden sollen. So steht im Gesetz, dass Männer und Frauen das gleiche Entgelt für die gleiche

Arbeit bekommen. Wenn dies nicht eingehalten wird, kann man es einklagen, wenn man es nachweisen kann.

Bundesgesetz über die Gleichbehandlung

Es gibt ein Gesetz in Österreich, welches besagt, dass niemand aufgrund ethnischer Herkunft, Alter, Weltanschauung, sexueller Orientierung, Religion oder Geschlecht diskriminiert werden darf.

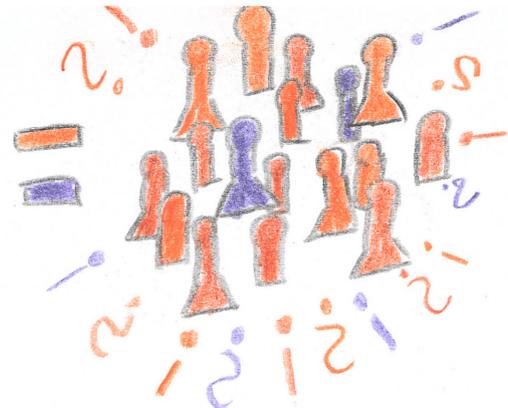


Kim, Cansel, Joyce, Merve und Ali

„Jede Meinung muss geäußert werden dürfen, oder gar keine!“

Lenni

Freie Meinungsäußerung



In einer funktionierenden Demokratie muss auch die Meinung von Minderheiten gehört werden.

Die Meinungsfreiheit ist in Österreich nicht in ihrer absoluten Form zu finden. Sie wird durch Gesetze, bezüglich Beleidigung, Aufhetzung, Wiederbetätigung etc. eingeschränkt.

Unsere Idealvorstellung ist folgende: Jedes Individuum sollte in einer Demokratie ohne gesetzliche Konsequenzen seine Meinung öffentlich kundtun dürfen. Der Inhalt dieser Meinungsäußerungen darf nicht durch gesetzliche Reglementierungen in ihrem Umfang eingeschränkt werden. Der Diskurs dieser getätigten Aussagen sollte deshalb idealerweise auch in keinster Hinsicht durch Einschränkungen des Gesetzgebers unterbunden werden. Die Besonderheit, welche in dieser Situation jedoch nicht missachtet werden darf, ist, dass es zu entsprechenden Reaktionen des sozialen Umfeldes führen kann, die sich in weiterer Folge meistens in Form der Ausgrenzung des Individuums mit der von der Gruppe abweichenden Meinung zu äußern vermögen. Da die Welt nicht nur aus vernünftigen Menschen besteht, sind

jedoch gewisse Einschränkungen einfach notwendig (siehe Kasten rechts unten).

Grenzen der freien Meinungsäußerung

Aus geschichtlichen Gründen ist in Österreich die Wiederbetätigung untersagt. Ebenso ist die Beleidigung von Personen verboten. Gegen Minderheiten darf nicht gehetzt werden. Diskriminierende Äußerungen sind ebenfalls nicht zulässig. Diese und andere Grenzen werden vom Gesetzgeber vorgegeben.

Fabian, Niko, Lenni, Anja und Bernhard

„Ein Überblick über die Gegenwart und Zukunft der Arbeit“

Mohammad

Arbeitswelt**Welche Rolle spielt der Staat in der Arbeitswelt?**

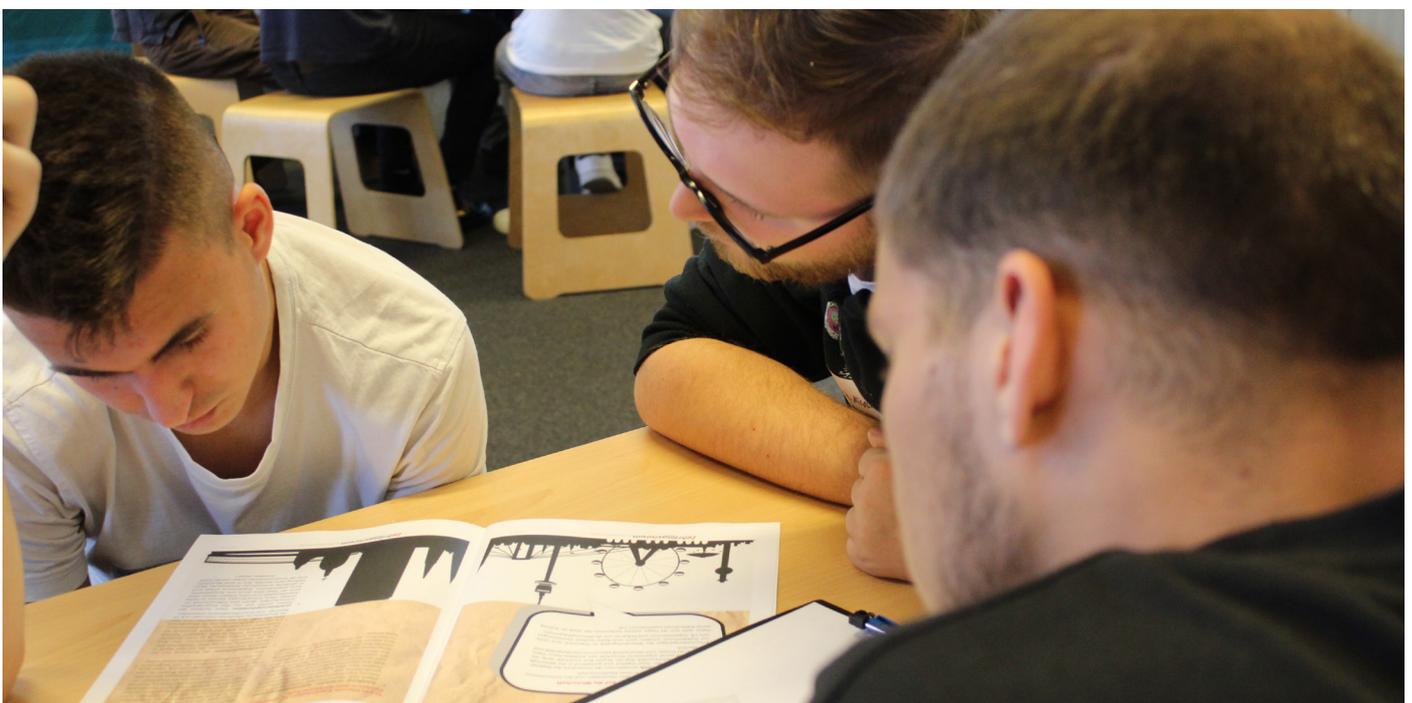
Die Arbeitswelt ist ein Thema, welches uns jeden Tag betrifft. Wir, als Lehrlinge, müssen oftmals früh aufstehen, um in die Arbeit zu gehen. Um die Wirtschaft am Leben zu halten, müssen der Staat, die Betriebe und die ArbeitnehmerInnen zusammenarbeiten. Außerdem braucht es KonsumentInnen, die den Markt am Laufen halten, indem sie z. B. Dienstleistungen in Anspruch nehmen und Produkte kaufen. Wir sind gleichzeitig ArbeitnehmerIn und KonsumentIn. In unserer westlichen Demokratie herrscht freie Marktwirtschaft und diese wird durch Angebot und Nachfrage geregelt. Das Gegenstück dazu wäre die Planwirtschaft (wie in der Zeit des Kalten Kriegs im Ostblock). In dieser entscheidet der Staat, welche Produkte anzubieten sind und wer was arbeitet.

Ziele der aktuellen Wirtschaftspolitik sind: Stabilität des Preisniveaus, niedrige Arbeitslosigkeit, angemessenes Wachstum, ausgeglichenes Verhältnis von Exporten und Importen, eine gute Einkommens- und Vermögensverteilung in der Gesellschaft und der Schutz der Umwelt. In den letzten Jahren wurde durch den Klimawandel der Umweltschutz immer mehr zum Thema. Ohne politische Maßnahmen haben unserer Ansicht nach unsere Nachfahren keine intakte Wirtschaft und Umwelt.

Hermann, Janosh und Mohammad

Sozialpartnerschaft in Österreich

Die Sozialpartnerschaft bezeichnet die Zusammenarbeit der Verbände Arbeiterkammer (AK), des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), der Landwirtschaftskammer (LK) und der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) untereinander und mit der Regierung. Sie führen z. B. Verhandlungen über Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie Kollektivverträge und diskutieren über wirtschaftspolitische Maßnahmen in Österreich.





Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin,
Herstellerin: Parlamentsdirektion
Anschrift: Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017
Wien, Österreich



Lehrlingsforum - Demokratie
1A ÖBB
Praterstern 4, 1020 Wien

Die in dieser Zeitung wiedergegebenen Inhalte geben die persönliche Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops wieder.

